

VDR e.V. Darmstädter Landstraße 125 60598 Frankfurt/Main

Frau
Eva Schewior
Leiterin des Referats I B 2 (Schuldrecht I)
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
11015 Berlin

Für politische Themen & Anfragen:
Verband Deutsches
Reisemanagement e.V.
c/o Hauptstadtbüros der Verbände
Unter den Linden 10
D-10117 Berlin
Tel. +49 30 800932 293
Fax +49 30 800932 020
vdr-service@hauptstadtbueros.de

**Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des
zivilrechtlichen Teils der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie**

22.12.2016

Sehr geehrte Frau Schewior,

wir möchten uns für die Möglichkeit bedanken, unsere Stellungnahme zu dem o.g.
Entwurf abgeben zu können.

Ziele der Regulierungen sind unter anderem, den Kreditkartenmarkt transparenter zu
machen und die Kosten für die Verbraucher zu senken. Diese Ziele vertritt auch
Verband Deutsches Reisemanagement e.V. (VDR) für seine Mitglieder, deren
Interessen er bei diesem Sachverhalt analog den Verbraucher-Interessen sieht.

Die VDR-Mitglieder sind deutsche Unternehmen mit nationalen und globalen
Aktivitäten, für die geschäftliche Mobilität unabdingbar ist. Die deutsche Wirtschaft
gibt jährlich über 50 Milliarden Euro für ihre Geschäftsreisen aus. Der VDR steht mit
seinen rund 550 Mitgliedsunternehmen für einen Gesamtumsatz im
Geschäftsreisebereich von jährlich mehr als zehn Milliarden Euro. Über 80 Prozent
dieser Geschäftsreiseausgaben werden mit Kreditkarten bezahlt. Deshalb setzt sich
der VDR als GeschäftsreiseVerband schon seit Langem für ein
Entgelterhebungsverbot ein.

Der VDR hat deswegen Artikel 62 (5) der zweiten Zahlungsdiensterichtlinie begrüßt,
nach dem die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, die Erhebung von Entgelten für
sämtliche Kreditkarten zu untersagen. Diese Option war im Vorschlagstext der EU-
Kommission ursprünglich nicht vorgesehen. Sie wurde vom Europäischen Parlament
eingefügt, um über ein umfassendes Entgelte-Verbot den Wettbewerb und die
Nutzung effizienter Zahlungsinstrumente zu fördern.

In diesem Sinne unterstützt der VDR auch den vom BMJV vorgeschlagenen Artikel §
270a BGB-E, und insbesondere Satz 2, der auch Kreditkarten des 3-Parteien-

Commerzbank Wiesbaden
IBAN:
DE90 5104 0038 0715 3653 00
BIC: COBADEFFXXX

Amtsgericht Frankfurt/Main
VR12822

Finanzamt Frankfurt/Main
USt-IdNr.: DE248212496

Präsidium:
D. Gerdorn (Präsident)
R. Rettig (Vizepräsident)
C. Carnier
I. Pirner
D. Schade
B. Schulz
H.-I. Biehl (HGF)

Systems einbezieht, und damit auch für diese Kreditkarten ein Surcharging-Verbot ermöglicht. Kritisch sehen wir allerdings, dass die Option des Artikels 62 (5) der zweiten Zahlungsdiensterichtlinie nur für Zahlungskarten des 3-Parteien-Systems und nicht für Firmenkarten angewandt wird. In dem Referentenentwurf findet sich hierfür keine nachvollziehbare Erklärung. Wir würden eine klarstellende Argumentation von Seiten des BMJV sehr begrüßen.

Gerne begleitet der VDR aktiv den weiteren Gesetzgebungsprozess. Unsere Position erläutern wir auch gerne in einem persönlichen Gespräch oder im Rahmen einer Anhörung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Hans-Ingo Biehl". The signature is written in a cursive, flowing style.

Hans-Ingo Biehl
Hauptgeschäftsführer